

## 1.1 Aufforderung zur Angebotsabgabe

### Zu „Allgemeines“ für Vergabeverfahren finanziert aus dem Landeshaushalt

- (zu 1) Nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (LTMG) dürfen öffentliche Auftraggeber in Baden-Württemberg öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Auftragswert von 20.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) nur an Unternehmen vergeben, die bei Angebotsabgabe eine schriftliche Tariftreue- oder Mindestentgelterklärung abgeben. Das LTMG findet **keine** Anwendung auf reine Lieferleistungen, da es sich bei Lieferleistungen in der Regel um bereits hergestellte Erzeugnisse handelt.

Daher ist bei Verfahren über Leistungen (Dienstleistungen, die nicht im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit erbracht werden) bei der Aufforderung zur Angebotsabgabe über 20.000.- € netto des Landes Baden-Württemberg, bei der Aufforderung zur Angebotsabgabe unter B) die „Besonderen Vertragsbedingung zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg“ einzutragen und beizufügen. Des Weiteren ist unter D) die „Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt“ einzutragen und beizufügen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Leistungen (Dienstleistungen, die nicht im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit erbracht werden) nicht vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden und daher nur die Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt zu verwenden ist.

Beim Regierungspräsidium Stuttgart ist eine Servicestelle eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen zur Verfügung stellt (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx>). Über den Link gelangen Sie zu der aktuellen Verpflichtungserklärung und Besonderen Vertragsbedingungen (<https://rp.badenwuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Mustererklaerungen.aspx>).